

# Streit über Namen im Internet

Zwischen Entscheidungsfreiheit und Transparenz: Piraten melden Rat bei Abgeordnetenwatch an

as **Lüneburg**. Zwei Monate ist es her, dass die Piraten den Antrag stellten: Der Lüneburger Rat möge beschließen, dass die Verwaltung damit beauftragt wird, die Aufnahme aller Ratsmitglieder beim Internetportal [abgeordnetenwatch.de](http://abgeordnetenwatch.de) zu veranlassen. Doch da im Rat ausgiebig palavert wird, wurde der Antrag von Sitzung zu Sitzung verschoben. Den Freibeutern platzte schließlich der Kragen, Tobias Ginschel sendete kurzerhand eine Liste der Ratsmitglieder an Abgeordnetenwatch. Zum Ärger von Grünen-Chef Andreas Mehsies: „Mit Verlaub, Herr Kollege, so geht das nicht. Ich werde selbst entscheiden, ob und wann ich dort teilnehmen möchte.“ Pirat

Torbjörn Bartels hält dagegen: „Jeder Bürger kann uns Ratsmitglieder da anmelden.“

Die Piraten hatten in ihrem Antrag erläutert, dass die Internetplattform allen Bürgern die Möglichkeit biete, ihren Abgeordneten oder Ratsmitgliedern Fragen zur Tagespolitik zu stellen. Auf dem Portal würden Namen und Parteizugehörigkeit veröffentlicht, so wie sie auch im Ratsinformationssystem der Stadt im Internet zu finden sind. Bei Abgeordnetenwatch heißt es, dass ein Moderatorenteam Fragen, die Beleidigungen enthalten oder die Privatsphäre betreffen, nicht freischaltet. Aus Sicht der Lüneburger Piraten wäre eine Selbstanmeldung des Rates ein deutliches Signal in

Sachen Transparenz und Bürgernähe.

Mitte März reagierte die Verwaltung mit einer Stellungnahme. Darin hieß es unter anderem: Der Verwaltung obliege es nicht, die Aufnahme zu übernehmen. „Sowohl die Entscheidung für eine Aufnahme als auch die Pflege und Beantwortung von Anfragen liegen bei den Ratsmitgliedern.“ Zur jüngsten Ratssitzung am 19. April reichte die Mehrheitsgruppe einen Änderungsantrag ein. Darin beschwor sie, dass sie dem Ganzen im Sinne der Transparenz „grundsätzlich positiv“ gegenüber stehe. Doch der Informationsstand zu der Internetplattform sei in den Fraktionen unterschiedlich, eine Info-

Veranstaltung sei vonnöten. Die Piraten wollen gehört haben, dass diese im August oder September stattfinden sollte. Ginschel, empört über die „Hinauszögerungstaktik“, listete die Ratsmitglieder in Eigenregie.

Mehsies fordert die Rolle rückwärts. SPD-Chef Heiko Dörbaum wünscht sich mit Blick auf den unterschiedlichen Informationsstand, dass die Piraten ihre Vorgehensweise abgesprochen hätten. Bartels ist irritiert: „Wir haben den Fraktionen angeboten, meldet Euch, wenn Ihr Gesprächsbedarf zur Internetplattform habt. Lediglich Claudia Schmidt von den Grünen hat davon Gebrauch gemacht.“ Dem widerspricht Björn Adam (Grüne): „Wir hat-

ten mehrfach Gespräche zu dem Thema, auch mit den Piraten, weil uns Transparenz und Bürgerbeteiligung wichtig sind. Schade, dass die Piraten das nun so einseitig gelöst haben.“

Michèl Pauly von den Linken versteht die Kritik an den Piraten nicht: „Es ist nur eine Namensliste. Sie enthält keine geheimen Daten. Jeder Bürger könnte und sollte seine Ratsmitglieder bei Abgeordnetenwatch melden, um kritische Nachfragen stellen zu können.“ CDU-Chef Eckhard Pols sieht einen „Schnellschuss“ von Ginschel. Die Behandlung von Anträgen könne sich im Rat hinziehen. Er findet: Jedes Ratsmitglied sollte selbst entscheiden, ob es gelistet sein möchte.